

Redemanuskript Alev Bahadir – 3. Oktober 2026

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde

Heute sind wir Tausende hier in Berlin, aber auch tausende in Stuttgart, und sagen ganz laut: wir stellen uns gegen Krieg, gegen Aufrüstung, gegen die Abwälzung der Kriegskosten auf uns. Wir sagen, wir lassen uns nicht spalten – wir wissen, dass die Konfliktlinien nicht zwischen den Völkern verlaufen, sondern zwischen oben und unten.

Während wir hier für Frieden auf die Straßen gehen, sind Krieg und Genozid längst Realität für Mio. von Menschen. Die Ukraine, Syrien, der Iran oder Palästina. Jeder von ihnen hat das Potential sich zu einem riesigen Flächenbrand zu entwickeln. Das dürfen wir nicht zulassen. Und wir können etwas tun, denn Länder, wie Deutschland sind direkt und indirekt in all diese Kriegsschauplätze verwickelt.

Um kriegstüchtig zu werden, um die größte Armee in Europa aufzubauen, um den landeseigenen Rüstungskonzernen Milliarden in die Kassen zu spülen und sie im internationalen Konkurrenzkampf zu stärken – für all das ist die Bundesregierung bereit immer aggressiver auf uns und unsere Rechte einzuschlagen. Es wird nicht „nur“ in Rüstung investiert, sondern die gesamte Infrastruktur auf Militärkurs gebracht. Krankenhäuser, Häfen oder Fabriken, sie sollen Rüstungsgüter bauen, verschiffen und für den Krieg vorbereitet werden. Und uns wird zudem noch die Lüge erzählt, dass Rüstung langfristig Aufschwung und Arbeitsplätze generieren würde. Dabei zeigen Studien, dass genau das nicht passiert.

Während Rekordsummen in die Rüstung fließen, sollen wir zurückstecken. Wir sollen länger arbeiten, am besten auch krank auf der Arbeit auftauchen und sowieso gar nicht erst in Rente gehen, sondern arbeiten bis wir tot umfallen.

Liebe Freunde,

unsere Jugend soll sich für den Dienst an der Waffe verpflichten – wenn nötig auch unter Zwang! Wir sollen immer härter arbeiten, während am Ende des Monats kaum Geld zum Leben übrigbleibt, in unserer Gesundheit und in der Bildung alles kaputtgespart wird und bei Vereinen, Initiativen und Projekten gekürzt wird.

Das alles ist keine rosige Zukunft. Und genau das wissen die Bundesregierung, die Unternehmen und ihre Lobbyverbände auch. Deshalb wird jeder erdenkliche Schritt getan, um uns zu spalten – und in den vergangenen Jahren wurde das vor allem über die Migrationspolitik gemacht. Nicht nur die AfD- sondern auch fast alle anderen etablierten Parteien teilen uns ein, in nützliche und unnützliche Migranten. Diejenigen, die sich nach ihren Maßstäben „integriert“ hätten, sollen bleiben dürfen – wer seid ihr, dass ihr entscheiden könnt, wer integriert ist und wer nicht? Ihr, die ihr in den wirklichen Parallelgesellschaften lebt und Null Kontakte zu den Menschen in den Stadtteilen, Betrieben und Schulen habt! Wir Migranten sind nach wie vor überproportional von sozialer Ungerechtigkeit, den Problemen im Bildungssystem und extremer Ausbeutung

betroffen – zusätzlich zu dem Rassismus und der Diskriminierung, die wir tagtäglich erfahren. Wie kann man hier also propagieren, dass es uns zu gut gehen würde und dass es allen anderen besser gehen würde, wenn unsere Situation sogar noch schlechter wäre? Wie kann man so tun, als würde den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ zu stärken, bedeuten, dass es automatisch allen besser gehen würde. Wo doch unsichere Arbeitsbedingungen, Lohndumping uvm. schon längst zur Lebensrealität in Deutschland gehören, während die Konzerne satte Gewinne einfahren.

Liebe Freunde,

die Friedensfrage ist nicht von der sozialen Frage zu trennen. Sie ist auch vom antifaschistischen Kampf nicht losgelöst zu betrachten. Sie alle sind Teil eines gemeinsamen Widerstands, den wir leisten müssen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass unsere solidarischen Kolleginnen und Kollegen, allen voran diejenigen, die Solidarität mit der Bevölkerung in Gaza zeigen, kriminalisiert werden! Wir dürfen es nicht zulassen, dass man uns versucht anhand unserer Herkunft zu spalten! Wir dürfen es nicht zulassen, dass auf unserem Rücken Politik gemacht wird. Vergessen wir nicht: die Völker dieser Welt, die Beschäftigten, die Jugend und Frauen in Deutschland, wir alle haben nichts an den Kriegen zu gewinnen – wir können nur verlieren. Die einzigen, die daran gewinnen, sind die, die uns an die Front schicken wollen, für ihre Profite und Interessen!

Es ist ein wichtiges Zeichen, dass hier heute tausende auf den Straßen waren. Ebenso dass gestern tausende gegen die Wehrpflicht demonstriert haben, wie auch schon am 25. September beim Schulstreik gegen die Wehrpflicht. Bei den Gewerkschaftsdemonstrationen Ende September haben bundesweit jeweils 175.000 gezeigt, dass sie diese Politik des Sozialabbaus nicht mittragen. Es gibt Bewegung. Es gibt so viele, die ihre Unzufriedenheit jetzt zeigen. Setzen wir hier an, kämpfen wir auch in Zukunft gegen Krieg, Rassismus und Sozialabbau, für eine Welt in Frieden und Gleichberechtigung!

Hoch die internationale Solidarität!